

Parkpickerl-Befragung:

nun doch **fix!**



Stadt  Wien



0000000000



Bezirksvorsteher
KR Paul Johann Stadler

Inhalt

Bericht des Bezirksvorstehers:

KR Paul Johann Stadler
„Parkpickerlbefragung nun fix. Oberste Priorität muss ein unverfälschtes Wahlergebnis sein.“

Heinz-Christian Strache:

Österreicher verdienen Fairness
„Nur eine Stimme für die FPÖ verhindert eine Neuauflage von Rot-Schwarz!“

BvStv Katharina Kramer:

Rot-Grüner Ausverkauf der Staatsbürgerschaft

KO Sonja Bauernhofer:

Messias oder nur Egomane?

Der 71er:

Nächste Runde im SPÖ-Theater

Skandal in BV:

Grüne gegen Abschiebung von kriminellen Asylwerbern!

Termine:

- 9. September
Grätzfest 11er Wiese
 - 30. September
Grätzfest Parkanlage Bleriotgasse
 - 14. Oktober
Blaues Oktoberfest
Enkplatz
- Sie alle sind herzlich willkommen!

Aktuelles, Neuigkeiten und Informationen erhalten Sie auch auf unserer Homepage. Dort erfahren Sie mehr über die aktuellen Themen der FPÖ Simmering, Informationen zu den Veranstaltungen und vieles mehr. Interessiert? Dann schauen Sie doch auf www.fpoe-simmering.at

Bericht des Bezirksvorstehers



KR Paul Johann Stadler
 Bezirksvorsteher
paul.stadler@wien.gv.at
 Sprechstunden
 Nach telefonischer Voranmeldung:
 01/ 4000-11111
 Enkplatz 2, 1. Stock, Zimmer 117a

Parkpickerl-Befragung nun fix!

Liebe Simmeringer!

Es freut mich sehr, Ihnen mitteilen zu können, dass die Befragung nun tatsächlich durchgeführt werden kann! Trotz massiver Steine, die man mir seitens des rot-grünen Rathauses in den Weg gelegt hat, ist dort endlich der Groschen gefallen, der direkten Demokratie nicht im Weg zu stehen. Man hat sich dazu durchgerungen den Fragebogen, der an die Haushalte verschickt werden soll, zu akzeptieren. Somit liebe Simmeringer, kann die Befragung Ende September starten.

Befragt werden auf Geheiß des Rathauses alle in Simmering gemeldeten Personen. Das umfasst sowohl Nicht-EU-

Bürger, Kurzzeitstudenten, anerkannte Flüchtlinge und Asylwerber. Diese Gruppe umfasst etwa 14.000 Personen.

Ich meine, dass die oberste Priorität ein unverfälschtes Wahlergebnis sein sollte.

Ich bin daher der Überzeu-

bzw. EU-Bürgerschaft. Darüber hinaus treten wir Freiheitliche für eine Wien weite Parkraumbewirtschaftung ein.

Diese sollte allen Wienern kostenloses Parken in ganz Wien ermöglichen. Auch dazu werden Sie die entsprechenden Fragen vorfinden.

Ich habe Ihnen, liebe Simmeringer, die Möglichkeit der Mitbestimmung versprochen, weil ich es als fundamentales Recht einer Demokratie erachte und nicht als Frage des politischen guten Willens.



Wie Sie wissen, habe ich mich dafür eingesetzt, nur jene Menschen in Simmering zu befragen, die erstens dauerhaft hier leben und zweitens auch wahlberechtigt sind. Das bedeutet in erster Linie österreichische Staatsbürger und EU-Bürger. Das sind in Simmering rund 66.400 Personen.

gung, dass nur jene Menschen in Simmering befragt werden sollten, die das Thema tatsächlich betrifft und die hier ihren dauerhaften Lebensmittelpunkt haben.

Aus diesem Grund enthält der Fragebogen entsprechende Fragen, nach der Staatsbürger-

Ich bitte Sie daher, machen sie von Ihrem Recht Gebrauch und füllen Sie den Fragebogen aus!

Ich hoffe auf zahlreiche, ehrliche Meinungen bei der Abstimmung,

Ihr Bezirksvorsteher

KR Paul Johann Stadler



Österreicher verdienen FAIRNESS

Der rot-schwarze Speck muss weg



Worum genau geht es für die Österreicherinnen und Österreicher bei der Nationalratswahl am 15. Oktober?

HC Strache: Wenn wir die Stillstandspolitik von SPÖ-ÖVP beenden und eine Erneuerung und Reform Österreichs erreichen wollen, ist eine starke FPÖ die einzige Lösung für unser Land.

Die letzten zehn Jahre Rot-Schwarz haben genügt, um unser Land in ein politisches Chaos zu stürzen. Arbeitslosigkeit, Einwandererflut und die höchste Steuerlast seien nur stellvertretend für das Versagen der letzten Jahre genannt. Rot-Schwarz hätte diese Zeit nutzen können, um ihre immer wiederkehrenden Wahlkampfversprechen in Taten umzusetzen.

Sie haben von einer Fairness-Krise gesprochen. Woran genau machen Sie diese fest?

HC Strache: Während die Einkommensschere immer größer wird und Arme immer ärmer werden, scheint das Füllhorn für Migranten nicht zu versie-

» **Nur eine Stimme für die FPÖ verhindert eine Neuauflage von Rot-Schwarz!**
Heinz-Christian Strache

gen. Über Mindestsicherung, Scheinstaatbürger mit Wahlrecht und islamische Kindergärten wird dafür gesorgt, dass sich Parallelgesellschaften in unserem Land etablieren. Der Migrationsmagnet in Form von Mindestsicherung und weiteren sozialen Leistungen muss endlich abgestellt werden. Nur so wird der Anreiz unterbunden, nach Österreich - ohne entsprechende Gegenleistung - einzuwandern zu wollen.

Inakzeptabel und menschenunwürdig ist die Tatsache, dass österreichische Staatsbürger die ihr Leben lang hart gearbeitet haben und eine Mindestpension beziehen, gleich viel Leistung erhalten wie Zuwanderer, die nie einen Cent eingezahlt haben - oder sogar weniger. Hier sind wir in einer Fairness-Krise.

Das freiheitliche Wirtschaftsprogramm will sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer besserstellen als bisher. Wie ist das möglich?

HC Strache: Wir Freiheitliche werden uns an einem Klassenkampf à la SPÖ nicht beteiligen, eine solche Politik generiert keine Arbeitsplätze. Eine freiheitliche Politik hingegen schafft beste steuerliche und rechtliche Rahmenbedingungen für die österreichische Wirtschaft ohne bürokratische Hürden. Nur ein für Unternehmen interessanter und stabiler Wirtschafts- und Industrietandort Österreich kommt dem heimischen Arbeitsmarkt und der Vollbeschäftigung zu Gute. Durch senkende Maßnahmen auf Steuern- und Abgabenseite muss ein angemessener Mindestlohn für Arbeitnehmer

erreichbar werden, ohne Arbeitgebern eine Mehrbelastung aufzubürden.

Durch eine vereinheitlichte Gewerbeordnung der freien und eine Halbierung der reglementierten Gewerbe sowie durch eine schlanke Bürokratie mit einem übersichtlichen Regelwerk soll es Start-Ups und jungen Unternehmern leichter gemacht werden, die Freiheit des Selbständigseins zu realisieren. Der freie Bürger soll auch die freie Wahl haben, sich einer Kammer anzuschließen oder nicht. Wenn diese sogenannten Interessenvertretungen gute Leistung nicht nur versprechen, sondern auch liefern, werden sie sich auch weiter an ihren Mitgliedern erfreuen können. Die Automobilclubs wie ÖAMTC und ARBÖ zeigen vor, wie das funktioniert.

Aus der Bezirksvorstehung

Katharina Krammer
Bezirksvorsteher-Stellvertreterin
katharina.krammer@fpoe-simmering.at

Sprechstunden
jeden Dienstag 9-11 Uhr,
01/ 4000-11112
Enkplatz 2, 1. Stock, Zimmer 131



Rot-Grüner Ausverkauf der Staatsbürgerschaft

Es ist erschreckend, wie inflationär Wiens rot-grüne Stadtregierung seit Anfang des Jahres österreichische Staatsbürgerschaften verschleudert. Wurde im Vergleichszeitraum in Wien 2016 noch 1420 Personen die Staatsbürgerschaft verliehen waren es heuer bereits 2019 Personen. Also eine regelrechte Explosion um 42,1%. Im Vergleich dazu liegt der österreichweite Durchschnitt bei einem Plus von 9,6% zum Vorjahr.



Es stellt sich daher die Frage nach den Gründen für einen solch sprunghaften Anstieg in Wien. Es liegt der Verdacht nahe, dass hier der Versuch unternommen wird, Wählerstimmen auf Kosten der Österreicher zu erkaufen. Migranten, der Großteil davon Muslime, werden zu Neo-Österreichern gemacht.

Ob unsere Werte geteilt werden oder diese Personen eine Bereicherung für unsere Gesellschaft bringen, darf man stark bezweifeln.

Interessant wäre in diesem Zusammenhang zu erfahren, wie viele der neu Eingebürgerten Sozialhilfegelder beziehen oder aber auch Mitglieder sogenannter Kulturvereine sind, die öffentliche Subventionen

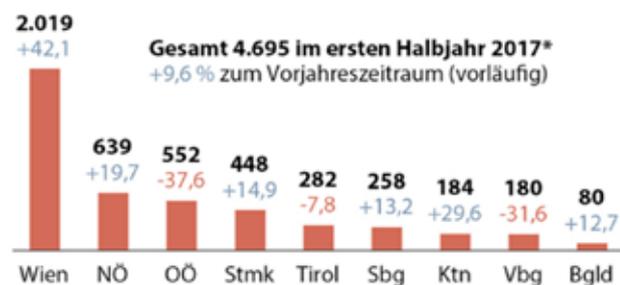
kassieren. Dass Wiens Einbürgerungspraxis in einem direkten Zusammenhang mit erhofften Wählerstimmen steht, belegt die Tatsache, dass be-

der Arbeitslosengeldempfänger. Auch hier sind die Hälfte aller Bezieher Personen mit Migrationshintergrund. Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezieher

Nach dem Motto „Die Hand die einen füttert, beißt man nicht“ werden die eingebürgerten Personen in Zukunft wahrscheinlich mit Masse Rot-Grün wählen, da diese Parteien für jenes soziale Schlaraffenland stehen, das vorzugsweise Migranten zu schätzen wissen. Rot-Grün ist ausschließlich am eigenen Machterhalt interessiert und ignoriert zynisch die drohenden Anzeichen eines Systemzusammenbruchs.

Nur ein sofortiger Stopp beim Zuzug von schlecht oder gar nicht (aus-) gebildeten Personen aus dem Ausland und eine sofortige Reform der Sozialhilfe werden mittelfristig den Kollaps unseres Sozialsystems aufhalten können.

Einbürgerungen in Österreich



Grafik: © APA, Quelle: APA/Statistik Austria

* inkl. 53 im Ausland



reits mehr als die Hälfte aller Mindestsicherungsbezieher in Wien Ausländer sind. Das gleiche Bild bietet sich im Bereich

werden munter importiert, während die Rechnung dafür die arbeitende österreichische Bevölkerung tragen darf.

Aus der Sicht des Klubobmanns

Sonja Bauernhofer
Klubobmann

sonja.bauernhofer@fpoe-simmering.at
0699 / 194 195 62



Messias oder (doch) nur Egomane?

Freudig auf die Brust klopfend beugen sich die ÖVP-Granden und anderen „Schwarzen“ dem Diktat des Messias Kurz. Dem Beobachter des ganzen Spektakels stellt sich die Frage, ob für Kurz das Wort „Messias“, also Heilbringer, stark blasphemisch übertrieben ist und sogar die Bezeichnung „Wunderwuzzi“ seinem bisher erreichten politischen Erfolg nicht gerecht wird.

Sebastian Kurz ist 6 Jahre in verantwortungsvollen Positionen der österreichischen Politik aktiv. Als Integrationsstaatssekretär teilte er 2014 bis 2016 die Willkommenskultur von Angela Merkel. Im Ministerrat werden die Beschlüsse einstimmig gefasst. Sebastian Kurz hätte mit einem Veto im Ministerrat die Gelegenheit gehabt, die negativen Tendenzen der Willkommenspolitik, wie zum Beispiel das Öffnen der Grenzen während des Flüchtlingsstroms, zu verhindern. Er würde sich gern die Schließung der Balkanroute auf seine Fahne schreiben, jedoch ist dieser Erfolg dem Ungarn Viktor Orban zu zuschreiben. Kurz hat für den Sager „Zuwanderer seien gebildeter als Österreicher“ geradezustehen und trägt auch Mitverantwortung für die Zustände am Westbahnhof, Praterstern,



am Linzer Bahnhof etc... Vergewaltigungen, Überfälle in den Parkanlagen und den U-Bahnen und viele grausame Untaten mehr sind an der Tagesordnung und werden » in den Medien tagtäglich verbreitet. Die unkontrolliert nach Österreich Gekommenen kosten dem Staat Unsummen an Steuergeld. Auch dies hat Sebastian Kurz mit zu verantworten und mitzutragen.

» Der durchschnittliche Zuwanderer von heute ist gebildeter als der durchschnittliche Österreicher (Sebastian Kurz, 1.4. 2015)

6 Jahre ist Kurz Mitglied dieser unseligen Koalitionsregierung, bei der für den österreichischen Bürger wenig bis gar nichts geleistet wurde. Als er merkte, dass seine Fraktion mit dem Gutmenschentum und den Streitigkeiten untereinander immer mehr und mehr Wähler verlor, entdeckte er die Wirkung und Sinnhaftigkeit von Straches Standpunkten und Mahnungen. Er war und ist sich nicht

zu schade, Ideen und Positionen von den Freiheitlichen zu kopieren und sie stolz als seine eigenen zu präsentieren. Die verpassten Chancen, politisch für das Wohl der Österreicher einzutreten und das lautstarke Kopieren Freiheitlicher Positionen lässt auf seine Unglaubwürdigkeit schließen und soll den Wählern zu denken geben! Nein, Sebastian Kurz, Sie sind kein Messias, nicht einmal ein „Wunderwuzzi“, sondern ein Egomane, der Glück mit der lahmen ÖVP hat, denn die kann er unterdrücken und tyrannisieren.

Mario Zuzan MA

Vorsitzender
Bezirkentwicklungscommission
mario.zuzan@fpoe-simmering.at



■ Nächste Runde im SPÖ-Theater um den 71er

Vor rund einem Monat hat die SPÖ Simmering in sozialistischer Eintracht mit den Rathausgenossen- und -Innen den nächsten „Coup“ rund um die Linie 71 erdacht.

Man ist nun dazu übergegangen, eine „eigene“ Straßenbahnlinie, bezeichnender Weise 11er Linie genannt, zu fordern. Weil Forderungen immer gut klingen und auch großen Spaß machen, hat man gleich die Verlängerung der U3, Ausbau des Busnetzes und die allseits bekannte Thematik der 71er Verlängerung mit auf den Wunschzettel geschrieben. Der verwunderte Leser denkt dabei nichts Böses und auch uns Simmeringer Freiheitliche freut es, dass die Kollegen von links endlich die Kopiermaschine angeworfen haben. Soweit so gut. Doch hält man kurz inne, beschleicht einen das bedrückende Gefühl, dass hier etwas nicht stimmen kann.

Ist es vielleicht der Umstand, dass man die „Forderungen“ nur an sich selbst, nämlich die SPÖ-Genossen im Rathaus, richtet? Oder könnte das vergessene Wahlversprechen der Gemeinderatswahlen 2015, nämlich eine Verlängerung des 71ers, der Grund



dafür sein? Wie sich herausgestellt hat, war die Notwendigkeit dieser Linienverlängerung für die sozialistischen Klassenkämpfer nach der Wahl nicht mehr gegeben. Vielmehr wird nun ein Zick-Zack Kurs in

Die SPÖ Stadtregierung hat damals die Linie 72, welche der neu geforderten 11er Linie entspricht, für unwirtschaftlich befunden und stillgelegt.

jene Causa gefahren. Sollte das möglicherweise die gerechte Strafe für die Simmeringer Bevölkerung sein, welche nach Jahren der Engelsgeduld die „Freiheit“ besaß, die SPÖ Simmering zu entmachten?

Und zu guter Letzt: Warum hat man die „Forderungen“ nicht schon längst umgesetzt, wo doch die Zuständigkeit dafür seit Jahrzehnten ausschließ-

lich im SPÖ geführten Rathaus, konkret bei Wiens Umweltschulrätin Uli Sima liegen?

Ein letztes Detail am Rande soll ebenfalls nicht vorenthalten werden: die SPÖ Stadtregierung selbst hat damals die Linie 72, welche der neu geforderten 11er Linie entspricht, für unwirtschaftlich befunden und stillgelegt.

Es bleiben also viele Fragen offen und der Verdacht, dass hier entweder eine Art Gedächtnisschwund eingesetzt hat oder aber parteipolitisches Taktieren wichtiger sein könnte, als die tatsächlichen Bedürfnisse der Simmeringer Bevölkerung. Eine mögliche Antwort auf all diese Fragen könnte auch sein, dass sich die SPÖ bereits auf ihre Rolle als Oppositionspartei nach der Nationalratswahl vorbereitet.

Wir Freiheitliche sind nach wie vor der Auffassung, dass

eine Verlängerung des 71ers die beste Lösung hinsichtlich einer Anbindung Kaiserebersdorfs, bei gleichzeitiger, direkter Verbindung ins Zentrum Wiens, wäre. Dabei sollte die Endstation vom Börseplatz zum Schwarzenbergplatz verlegt werden, da sich der 71er somit die Ringgleise nicht mit den Linien 1, 2 und D teilen müsste. Das hätte weniger Verspätungen zur Folge.

Eine Ausweitung des Busnetzes ist immer zu begrüßen, sofern es wirtschaftlich Sinn macht. Was die die Verlängerung der U3 betrifft, wäre die nachhaltigste und weitsichtigste Variante eine Streckenerweiterung bis nach Schwechat. So könnte man nämlich auch die Pendlerströme unter denen Simmering immer stärker zu leiden hat, bereits an der Stadtgrenze abfangen. Das würde auch eine Entspannung der Parkplatzsituation nach sich ziehen. Wenn man diesem Beispiel in ganz Wien folgen würde, wäre ein Parkpickerl möglicherweise obsolet.

Dazu würde es allerdings weitsichtige und mutige Politiker brauchen, die derzeit jedenfalls nicht im Rathaus zu finden sind. Spätestens bei der nächsten Wahl, wird die SPÖ erkennen, dass dieses Taktieren in Form von Fordern und gleichzeitig Blockieren auf Kosten der Simmeringer, nach hinten losgeht.

Mario Zuzan MA
Vorsitzender
Bezirksentwicklungskommission
mario.zuzan@fpoe-simmering.at



Grüne stimmen in BV gegen Abschiebung von kriminellen Asylwerbern!

In der BV vom 14.6.2017 stimmten die Simmeringer Grünen gegen einen gemeinsamen Resolutionsantrag der FPÖ und ÖVP Simmering, welcher die sofortige Abschiebung von kriminellen Asylwerbern fordert.

Hintergrund sind die unzähligen Straftaten, wie die Vergewaltigung eines fünfzehnjährigen Mädchens in Tulln durch drei Afghanen oder der Vergewaltigungsversuch im Zuge des Donauinselfestes.

Die Grünen verwiesen in ihrer Begründung darauf, dass die Rechtslage dazu eindeutig sei. Es wird argumentiert, dass es einen Automatismus gäbe, so dass jeder kriminelle Asylwerber abgeschoben wird. Daher wäre ein solcher Antrag nicht nötig und findet auch nicht die Zustimmung der Grünen.

Fakt ist, dass in der Praxis die Abschiebung krimineller Asylwerber oftmals nicht vollzogen werden kann. Dies ist z.B. der Fall, wenn das Herkunftsland als unsicher gilt. Afghanistan und andere Länder deren Asylwerber für einen sprunghaften Anstieg der Kriminalstatistik sorgen, gilt nach der Herkunftsstaatenverordnung als unsicher. Somit ist eine Abschiebung von afghanischen Straftätern wie im Tullner Fall defacto unmöglich.

Der Gesetzgeber kennt aber noch weitere Gründe, eine Abschiebung nicht durchführen zu können.

Auf diese Gesetzeslage, welche zahlreiche Schlupflöcher für

Asylwerber offen lässt, verweisen die Grünen und streuen der Bevölkerung damit Sand in die Augen.

Es wird suggeriert, dass jeder straffällige Asylwerber tatsächlich abgeschoben wird, was einer Verleugnung der Realität gleich kommt.

Wie lückenhaft diese Gesetzge-

die Untersuchungshaft verhängt wurde. Wirft man einen Blick auf die Kriminalstatistik 2016 so wird man feststellen, dass ein beträchtlicher Teil der Kriminellen aus Ländern stammen, welche als unsicher eingestuft sind. So wird die Kategorie „Tatverdächtige Asylwerbende“ mit 5.072 De-

So stieg die Gesamtkriminalität 2016 in der Gruppe der Asylwerber um alarmierende 54,2% von 14.458 auf 22.289!

Die Kriminalitätsstatistik macht klar, dass Nicht-Österreicher für einen erheblichen Anteil der Kriminalität verantwortlich sind. Fast 40 Prozent, nämlich 105.551 Personen, waren 2016 als Beschuldigte in einem Ermittlungsverfahren geführt.

Das macht einmal mehr deutlich, dass die Politik der offenen Grenzen zu Lasten der österreichischen Bevölkerung geht. Wie viele kriminelle Ausländer tatsächlich abgeschoben werden, zeigt eine Anfragebeantwortung durch das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl im Jahr 2016. Es fanden lediglich 2.298 unfreiwillige Abschiebungen statt. Dem gegenüber steht die Zahl von 22.289 tatverdächtigen Asylwerbenden. Demnach ist ein Großteil der straffälligen Asylwerber im Land verblieben.

Wir Freiheitlichen treten daher sowohl für eine Verschärfung der Gesetze als auch für eine lückenlose Umsetzung im Sinne einer konsequenten Abschiebep Praxis bei straffälligen Asylwerbern ein.



» **Tatverdächtige Asylwerber:**
5.072 Afghanen,
2.999 Algerier,
2.219 Marokkaner,
2.137 Nigerianer und
1.549 Syrer.
Steigerung um 54,2%!

bung einerseits und naiv deren Auslegung durch die Justiz andererseits ist, beweist der Fall des mutmaßlichen Vergewaltigers des Donauinselfestes.

Obwohl dringender Tatverdacht und Fluchtgefahr bestand, wurde der Täter lediglich auf freiem Fuß angezeigt. Erst der mediale Druck führte dazu, dass letztlich doch

likten von Afghanen angeführt. Den zweiten Platz belegen mit 2.999 Delikten Asylanten aus Algerien, gefolgt von Marokkanern mit 2.219 Delikten, Nigerianern mit 2.137 und Syrer mit 1.549 Delikten.

Drei dieser Länder gelten als „unsicher“. Dass es sich hier nicht um Panikmache handelt, zeigen die nüchternen Zahlen.

Quellen:

Asylstatistik 2016, Bundesministerium für Inneres und Sicherheit 2016, Bundeskriminalamt

TERMINE



Sprechstunden der Bezirksräte (im Parteihem)

MO, 17:00 - 18:00 Uhr

MI, 10:00 - 11:00 Uhr

DO, 17:00 - 18:00 Uhr

Sprechstunde BV KR Paul Stadler

Nach telefonischer Vereinbarung im Amtshaus Simmering, Enkplatz 2, 1. Stock, Zimmer 117a
01/ 4000 11111, paul.stadler@wien.gv.at

Sprechstunde BV-StV. Katharina Krammer

Jeden Dienstag, 9-11 Uhr oder nach telefonischer Voranmeldung im Amtshaus Simmering,
Enkplatz 2, 1. Stock, Zimmer 131 - 01/ 4000 11112, katharina-krammer@fpoe-simmering.at

Sprechstunde KO BR Sonja Bauernhofer

Bitte kontaktieren Sie unsere Klubobfrau unter sonja.bauernhofer@fpoe-simmering.at
oder 0699/194 195 62.

Besuchen Sie uns bei unserem **Bezirks-Stammtisch**, jeden 1. Mittwoch im Monat,
im Auszeitstüberl, Grillgasse 20 und nützen Sie die Gelegenheit mit unseren Funktionären
ins Gespräch zu kommen.

Der **Stammtisch der Freiheitlichen Senioren** findet jeden 3. Dienstag, um 15:00 Uhr,
im Auszeitstüberl, Grillgasse 20 statt.

Kommen Sie vorbei - es warten jedes mal interessante Vortragende auf Sie.

Bürgerstände

Jeden ersten Samstag im Monat von 10:00 - 12:00 Uhr vor dem EKZ-Simmering
Weitere Bürgerstände sind auf unseren Bezirk aufgeteilt und finden in regelmäßigen Abständen statt.



Parteiheim der FPÖ-Simmering
Kaiser Ebersdorferstraße 12-18
A-1110 Wien
www.fpoe-simmering.at
buero@fpoe-simmering.at
www.facebook.com/FPOESimmering
01 / 768 50 04

Impressum:

Herausgeber und Medieninhaber:
FPÖ-Simmering, Kaiser Ebersdorferstr. 12-18/901/R1,
1110 Wien, 01 / 768 50 04
buero@fpoe-simmering.at
www.fpoe-simmering.at
Verlags- u. Herstellungsort: Wien
Ausgabe: 02/2017
Gegründet: 2013



FPÖ
SIMMERING

Oktoberfest

Samstag, **14. Oktober 2017**
14:00 bis 18:00 Uhr

Enkplatz

Sie alle sind herzlich willkommen!

FPÖ
SIMMERING

Einladung zum
Grätzlfest

Samstag, **9. September 2017**
15:00 bis 19:00 Uhr

11er-Wiese
Fuchsröhrenstraße 40

FPÖ
SIMMERING

Einladung zum
Grätzlfest

Samstag, **30. September 2017**
15:00 bis 19:00 Uhr

Parkanlage Bleriotgasse
Höhe Florian-Hedorferstr. 23